

Programm der Juso- Hochschulgruppe

Für eine
demokratische,
transparente und
soziale Hochschule
2011



JUSO
HOCHSCHULGRUPPE
GÖTTINGEN

Programm der Juso-Hochschulgruppe

Für eine demokratische, transparente und soziale Hochschule 2011

Unsere Forderungen im Überblick

I.	Filz vertreiben – für einen demokratischen, transparenten und politischen AStA.....	4
II.	Bachelor verbessern – Master für alle	5
III.	Studiengebühren abschaffen – für eine sozial gerechte Hochschulbildung	6
IV.	Rechte Ideologie bekämpfen – gemeinsam und entschlossen entgegentreten	8
V.	Daten schützen – Privatsphäre wahren!.....	8
VI.	Diskriminierung bekämpfen - Gleichstellung leben.....	9
VII.	Für eine bessere und gezieltere Beratung – Angebote ausbauen!.....	10
VIII.	Höhere Löhne und mehr Mitbestimmung - für faire Arbeitsbedingungen.....	11
IX.	Ehrenamt stärken - Engagement ermöglichen	12
X.	Ein Studentenwerk für alle – für ein soziales und kulturelles Miteinander.....	12
XI.	Campus beleben – für abwechslungsreiche Kulturangebote.....	13
XII.	Stipendienprogramm beenden – BAföG erhöhen	13
XIII.	Barrieren abbauen – für ein solidarisches Miteinander	14
XIV.	Umwelt schützen – Nachhaltige Ressourcenpolitik umsetzen.....	14
XV.	Gegen Wettbewerb und Kommerzialisierung von Bildung	15
XVI.	Demokratie an der Hochschule stärken	15
XVII.	Hochschulrahmengesetz – Chancengleichheit für alle	15
XVIII.	Für eine verantwortungsvolle Hochschulfinanzierung	16
XIX.	Keine Aushöhlung des Humboldtschen Bildungsideals	16
XX.	Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – auch auf Bundesebene	17

Vorwort – Eine solide Hochschulpolitik braucht eine starke Stimme

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen kämpft in diesem Jahr mit ihrem Wahlprogramm für die kommende Legislaturperiode, für eine demokratische, transparente und soziale Hochschule. Natürlich haben wir das schon immer getan, doch in diesem Jahr finden wir es wichtig diesen Kampf nochmals zu unterstreichen. Denn die vergangenen zwölf Monate haben gezeigt, dass hier einiges im Argen liegt. Die Mitbestimmung der Studierenden an der Universität Göttingen muss weiter ausgebaut werden. Es darf nicht sein, dass die Stimme der Studierenden gerade bei der Verwendung von Studiengebühren so wenig Gehör findet und satte acht Millionen Euro der Studierenden einfach so in ein umstrittenes Bauprojekt investiert werden. Gerade bei diesem Verfahren wären mehr demokratische Mitsprache, sowie eine deutlich höhere Transparenz angebracht gewesen.

Auch im AStA muss es Veränderungen geben! Der undurchsichtige Filz, der Absprachen mit nahestehenden Consultingfirmen trifft und inzwischen ca. 30000€ nach diversen Veranstaltungen vermisst, muss endlich durchbrochen werden. Auch hier werden wir Jusos für mehr Transparenz und Demokratie eintreten. Ein AStA ist kein Mittel der persönlichen Karriereplanung, wie es der aktuelle AStA versteht, sondern die wichtigste Stimme der Studierendenschaft! Wir werden mit euch und unseren Mitstreitenden gemeinsam dem AStA diese Stimme geben!

Die Juso-Hochschulgruppe steht mit diesem Programm auch weiterhin zum einen klar in der Tradition, zum anderen aber auch in der Fortschrittlichkeit einer linken Politik für Gesellschaft und Hochschule.

Dabei bleiben wir in der Hochschulpolitik unseren Idealen treu: Für soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Demokratie. Wir kämpfen für eine Politik nah am Menschen. Mit unserer pragmatischen Arbeit in den verschiedensten Gremien innerhalb und außerhalb der Universität Göttingen stehen wir für unsere Ideale ein und lassen dabei niemals die Interessen der Studierendenschaft außer Acht.

So kämpfte und kämpft die Juso-Hochschulgruppe auch weiterhin für die Interessen und Rechte der Studierendenschaft im Studierendenparlament, im Senat, in Fakultätsräten und Fachschaften. Hierbei müssen wir uns immer wieder gegen reaktionäre Kräfte behaupten, um für euch wichtige Entscheidungen durchzusetzen.

Die bundesweite Vernetzung der Juso-Hochschulgruppen an über 80 Hochschulstandorten ermöglicht uns den Austausch und die gegenseitige Unterstützung. Dies geschieht vor allem über unser Mitglied im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen. Als größter Studierendenverband können wir somit Einfluss auf politische Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene ausüben.

Gleichzeitig versuchen wir auf die Politik der Bundes- und Landes-SPD Einfluss zu nehmen.

Wir stehen als Juso-Hochschulgruppe Göttingen für die Interessen der Studierendenschaft und eine demokratische, gerechte und solidarische Gesellschaft ein!

Ein Programm ist natürlich immer nur so gut, wie die Menschen die es vertreten. Unsere über achtzig KandidatInnen werden dafür ihr bestes geben. Aber auch Dich möchten wir herzlich einladen, Hochschulpolitik aktiv in Göttingen mitzugestalten. Auch Deine Mitarbeit wird gebraucht, um eine demokratische, transparente und soziale Hochschule zu erreichen!

In diesem Jahr haben wir unser Programm ein wenig umgestellt. Welche Reihenfolge die Forderungen im Programm haben ist immer eine schwierige Diskussion. Alle Themen liegen uns gleichwertig am Herzen und für alle werden wir gleichwertig streiten. Wir haben die Forderungen dennoch in Überkategorien eingeteilt und schließen von Göttingen auf das Allgemeine und letztlich noch unsere Bundesvernetzung.

Wir wünschen Euch viel Spaß beim Lesen und zählen auf Eure Stimme!

Forderungen der Juso-Hochschulgruppe an der Uni Göttingen

I. Filz vertreiben – für einen demokratischen, transparenten und politischen AStA

Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) ist das höchste Exekutiv-Organ der verfassten Studierendenschaft. Nach dem Niedersächsischen Hochschulgesetz hat die Studierendenschaft und somit auch der AStA „insbesondere die hochschulpolitischen, sozialen und kulturellen Belange der Studierenden in Hochschule und Gesellschaft wahrzunehmen. Sie hat die Aufgabe, die politische Bildung der Studierenden und die Verwirklichung der Aufgaben der Hochschule zu fördern. In diesem Sinne nimmt sie für ihre Mitglieder ein politisches Mandat wahr.“ (§20(1) NHG)

Doch der Göttinger AStA hat in der Vergangenheit genau diese Aufgaben nur begrenzt wahrgenommen. Hochschulpolitik spielt im unpolitischen Service-AStA der bisherigen Koalitionsfraktionen quasi keine Rolle. Es wird sich darauf beschränkt die Meinung der konservativen Landesregierung und des autokratischen Uni-Präsidiums uneingeschränkt anzuschließen. Tatsächliche Verbesserungen der Studiensituationen, bspw. an der SoWi-Fakultät, werden als eigener Erfolg verkauft. Dabei haben das Engagement der Studierenden während des Bildungsstreiks und auch die Juso-Hochschulgruppe maßgeblich für diese Änderungen gekämpft. Kulturelle Angebote werden auf defizitäre Übertragungen der Fußball-WM und Partys reduziert. Darüber hinaus ist es auch kritisch zu bewerten, wie der bisherige AStA mit den Geldern der Studierendenschaft umgeht.

Der AStA hat ein Jahresbudget von ca. einer halben Million Euro. Davon stellt dieser momentan u.a. überbezahlte und unnötige Referenten ein oder versorgt den ohnehin umstrittenen und oft leerstehenden Partykeller im VG. Wo genau die restlichen hunderttausenden von Euro des AStA untergebracht werden ist undurchsichtig – oder sie sind einfach verschwunden. Für politische Arbeit wird es jedoch offensichtlich nicht eingesetzt. Wir stellen uns einen AStA anders vor!

Ein AStA unter Mitsprache der Juso-Hochschulgruppe soll transparent, sozial und vor allem politisch(!) arbeiten. Wir fordern ein verbindliches AStA-Arbeitsprogramm, das dieser bis zur zweiten StuPa-Sitzung einer Legislaturperiode vorzulegen hat. Die Juso-HSG wird sich dafür einsetzen, dass durch Urabstimmungen und Vollversammlungen die direkte Mitsprache aller Studierenden verbessert wird. Wir werden in einen konstruktiv kritischen Dialog mit den Präsidium und der Landesregierung eintreten und im Sinne der gesamten Studierendenschaft für Verbesserungen streiten. Wir wollen abwechslungsreiche und inhaltlich wertvolle Kulturarbeit auf dem gesamten Uni-Gelände etablieren. Auch ein Juso-AStA wird Service anbieten – dies allerdings nicht als alleinigen Arbeitsschwerpunkt.

II. Bachelor verbessern – Master für alle

Seit der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen bestehen nach wie vor Umstellungsprobleme. An vielen Fakultäten hat sich in dem letzten Jahr zu wenig getan und die bestehende Situation ist nach wie vor durch Leistungsdruck, unsinnig viele kleinteilige Prüfungen und starre Studienverläufe gekennzeichnet. Diese Probleme konstruktiv zu lösen ist seit Jahren ein Anliegen der Juso-HSG und es konnten erste Erfolge für die Studierenden realisiert werden. So entstand im letzten Jahr, unter maßgeblicher Mitarbeit der Juso-HSG, ein Katalog für hochschuleigene Standards in Zusammenarbeit zwischen der Stabstelle Lehrentwicklung und Lehrqualität (SLL) und der zentralen Kommission für Lehre und Studium (zKLS). Hier konnte die Juso-HSG viele ihrer Forderungen umsetzen, um für das kommende Jahr auch über die Sozialwissenschaftliche Fakultät hinaus, an einer Verbesserung der Studiensituation der BA- und MA-Studierenden zu arbeiten. An der Sozialwissenschaftlichen Fakultät hat die Juso-HSG sich mit vielen ihrer Forderungen durchgesetzt, daraus resultierend sind alle Studiengänge überarbeitet und zum WiSe 2010/11 eingeführt worden. Diese enthalten nun folgende Punkte:

Prüfungsleistungen:

- Eine Prüfungsleistung pro Modul
- Flexibilisierung der Prüfungsleistung (die Studierenden wählen ihre Prüfungsform selbst, bei einer „oder“ Formulierung in der Modulbeschreibung)

Streich-Credits:

- Die Studierenden können sich in ihrem Abschlusszeugnis in den unterschiedlichen Studienbereichen (Fachstudium, Schlüsselkompetenzen, Optionalbereich, etc.) bis zu 1/3 der erbrachten Credits, als bestanden anrechnen lassen, welches Einfluss auf die Endnote hat.

Wahlmöglichkeiten:

- Studiengänge dürfen nicht mehr allein aus Pflichtmodulen bestehen, sie müssen Wahlmöglichkeiten bieten.

Master für alle:

- Hier könnte eine Aufweichung der starren 2,5 Zulassungsnote erzielt werden, das ist nach wie vor zu wenig, aber eine Verbesserung allemal. Es können unterschiedliche studienrelevante Leistungen auf die Zulassungsnote beim MA angerechnet werden. Es kann durch vier Kriterien die Note um 0,5 verbessert werden. Gültig ist dieses für alle MA-Bewerbungsverfahren an der SoWi, unabhängig von der BA-Note.

Dieses hat die Juso-HSG bereits umgesetzt und wird für eine Umsetzung an allen Fakultäten streiten!

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen fordert eine deutliche Verbesserung der Studierbarkeit der

neuen Abschlüsse! Besonders im Hinblick auf Zweifächerkombinationen darf der Verlauf des Studiums nicht durch Überschneidungen von Pflichtveranstaltungen beeinträchtigt werden. Des Weiteren ist es erforderlich, dass der Bachelor zu einem wirklich vollwertig anerkannten Abschluss entwickelt wird. Hierfür fordern wir eine Flexibilisierung der Regelstudienzeit sowie eine inhaltliche Neuausgestaltung der BA-Studiengänge im Sinne der auslaufenden Abschlüsse Diplom und Magister.

Selbstverständlich muss es unterdessen allen Studierenden der Studiengänge auf Staatsexamen, Diplom und Magister ermöglicht werden, ihr Studium auch unter den ursprünglichen Voraussetzungen zum Zeitpunkt des Studienbeginns, zu beenden.

Der Mobilitätsgrad ist in den modularisierten Systemen sehr gering und viele Studiengänge sind im Bachelorsystem nicht berufsqualifizierend. Daher müssen Praktika und Auslandssemester besser in das Studium integriert werden. Ein Studienort- oder Studiengangwechsel muss ohne Komplikationen ermöglicht werden. Aus diesem Grund muss eine Vereinheitlichung und Standardisierung der Studiengänge und Modulleistungen forciert werden.

Eine abgeschlossene Berufsausbildung wird zurzeit nur wie ein sechswöchiges außerschulisches Praktikum angerechnet. Eine Akzeptanz von erworbenen Schlüsselkompetenzen während der Ausbildung für den Bachelor findet nicht statt.

Während einer Ausbildung erworbene Schlüsselkompetenzen sollen im Flexnow für den Bachelor angerechnet werden und die erbrachten Leistungen sind nicht erst im Nachhinein durch die Erstellung eines Portfolios anzuerkennen.

Wer sich nach dem Bachelor mit einem Master weiterqualifizieren möchte, muss dafür die uneingeschränkte Möglichkeit haben, an einer frei gewählten Hochschule zu studieren. Deshalb besteht die Juso-HSG Göttingen auf einen Rechtsanspruch für alle auf einen Masterplatz. Hier gilt es, die Anerkennung der BA-Abschlüsse an allen Hochschulen voranzutreiben. Kontingentierung, Zulassungstests und Extragebühren für Master-Studiengänge lehnen wir kategorisch ab. Besonders die an der Universität eingeführten Motivationsgespräche zur Studieneignung stehen unseren Vorstellungen entgegen und sind aus psychologisch-selektiven Aspekten äußerst fragwürdig. Wir fordern freien Zugang zum Master für die Studierenden statt Selektion beim Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium.

III. Studiengebühren abschaffen – für eine sozial gerechte Hochschulbildung

Studiengebühren sind unsozial! Sie verschärfen die Selektion und die Benachteiligung finanzschwacher Gruppen in unserem Bildungssystem. Auch das Hochschulinformationssystem (HIS) belegt empirisch, was wir und unsere Mitstreitenden im Kampf gegen Studiengebühren schon

immer befürchteten: Die durch Studiengebühren verursachten finanziellen Schwierigkeiten schrecken junge Hochschulzugangsberechtigte aus sozial schwächeren Familien ab, sich an einer Hochschule zu immatrikulieren. Entgegen der Meinung des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur (MWK; die rot!ation berichtete), welches Studiengebühren in Niedersachsen durch Studienkredite und Stipendien (aus Studiengebühren...) für besonders „sozialverträglich“ hält, empfinden wir Studiengebühren - egal in welcher Form – nicht als sozial verträglich. Auch die Härtefallregelung Niedersachsens (Zinsbefreiung bei Studienkrediten ab 2 studierenden Geschwistern) kann die Kritik nicht entkräften. Die finanzielle Hürde der Studiengebühren wirkt eindeutig als Filter der sozialen Selektion im Bildungswesen. So sieht ein offener Zugang für alle sicherlich nicht aus! Die Exklusion breiter Schichten unserer Gemeinschaft führt nicht nur zu einer erneuten Ausbreitung des Klassenantagonismus, sondern bremst die gesamtgesellschaftliche Entwicklung und den sozio-ökonomischen Fortschritt.

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen fordert gemeinsam mit ihrem Bundesverband, den Jusos und großen Teilen der SPD die sofortige Abschaffung sämtlicher Studiengebühren in jeglicher Form. Wir wenden uns gegen die Privatisierung der Universität durch Unternehmen. Wir fordern, dass der Staat nicht nur den Wegfall der Studiengebühren ausgleicht, sondern auch die allgemeine finanzielle Ausstattung der Hochschulen sicherstellt und wesentlich verbessert.

Verwendung muss demokratisch, transparent und sinnvoll sein!

Solange Gebühren aber noch erhoben werden, fordern wir weiterhin eine stärkere Einbindung der Studierendenschaft bei der Verwendung der Gelder mit größtmöglicher Transparenz bei der Mittelvergabe. Gerade das geplante Lern- und Studienzentrum beweist einmal mehr, dass die Beteiligung und Information der Studierendenschaft beim Verfahren unzureichend ist und dringend verbessert werden muss.

Die Juso-HSG wendet sich gegen das Letztentscheidungsrecht für die Verwendung der Studiengebühren durch das Präsidium. Außerdem fordern wir, dass die im Verfahren beteiligte „erweiterte zentrale Kommission für Lehre und Studium“ (zKLS+) öffentlich tagt. Die Juso-HSG hat aus diesem Grund im Studierendenparlament (StuPa) Anträge gestellt, um das Verfahren der Studiengebührenverwendung transparenter zu gestalten und das Letztentscheidungsrecht vom Präsidium zur zKLS+ zu verlagern. Dies ist notwendig, da eine Beteiligung der Studierendenschaft nicht im Präsidium, sondern lediglich in der zKLS+ stattfindet.

Wir fordern außerdem eine demokratische Legitimierung der Studiengebührenverwendungen ab einer bestimmten Höhe, um den Rückhalt der Studierendenschaft für die konkrete Maßnahme

sicherzustellen – hierfür fordern wir auch Urabstimmungen zu studiengebührenfinanzierten Großprojekten.

Auch setzt sich die Juso-HSG weiterhin dafür ein, dass gezahlte Studiengebühren auch wieder an die Studierenden zurück fließen können. Dies wollen wir unter anderem dadurch erreichen, dass das von uns entwickelte und an der sozialwissenschaftlichen, theologischen, chemischen und in Teilen der biologischen Fakultät erprobte Konzept der Buchgutscheine an allen Fakultäten eingeführt wird.

IV. Rechte Ideologie bekämpfen – gemeinsam und entschlossen entgegentreten

Rechte Ideologie ist kein Randproblem und darf keinesfalls marginalisiert werden. Auch der populären Behauptung, dass Antisemitismus und rechtes Gedankengut ein Problem bildungsferner Schichten oder das der neuen Bundesländer seien, treten wir entschieden entgegen! Rassismus ist in allen Gesellschaftsschichten verankert und darf nicht ignoriert oder gar durch meinungsprägende Personen in der Öffentlichkeit geschürt werden.

Auch in Göttingen sind rechte Strukturen vorhanden. Dies zeigte zum Beispiel die mutwillige Beschädigung der Wanderausstellung „Zwangsarbeit für den Endsieg“ der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora in der SUB im April 2010. Die Juso-Hochschulgruppe sah sich veranlasst, sich noch stärker aktiv dem Kampf gegen den Faschismus zu widmen. Auf der Straße stellten wir uns den neofaschistischen Menschen entgegen und im Studierendenparlament forderten wir mehrfach die Beschäftigung des AStA mit der Thematik und eine Solidarisierung mit antifaschistischen Menschen.

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen fordert weiterhin die aktive Bekämpfung rechten Gedankengutes innerhalb und außerhalb der Universität. Darum treten wir gemeinsam, partei- und hochschulgruppenübergreifend im „Bündnis gegen Rechts“ rechtsideologischen Tendenzen, auch rechten Burschenschaften und Verbindungen, entschlossen entgegen. Wir müssen sowohl neuen rechten Strömungen gemeinsam unerschrocken entgegen treten, sowie unsere Verantwortung wahrnehmen, die Vergangenheit – auch die der Uni Göttingen – im Bewusstsein zu erhalten. Dadurch wollen wir einen Beitrag zur Erhaltung der Demokratie leisten.

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen versteht sich als Ansprechpartnerin für Betroffene. Wir werden nicht wegschauen, sondern Vorfälle öffentlich verfolgen und anprangern sowie aktiv die Bildungs- und Aufklärungsarbeit in der Uni und darüber hinaus mitgestalten. Rechte Ideologie ist keine Meinung sondern ein Verbrechen, und muss als solches bekämpft werden!

V. Daten schützen – Privatsphäre wahren!

Datenschutz ist in Zeiten fast uneingeschränkter Kommunikations- und Datenweitergabe ein nicht

nur sensibles, sondern auch ein wichtiges Thema. Ein fahrlässiger Umgang mit persönlichen Daten von Institutionen und Personen kann weitreichende Konsequenzen für die Demokratie und die persönliche Freiheit haben. Hierbei reden wir auf der einen Seite von Dauerwerbung und Profilerstellung durch die Wirtschaft und auf der anderen Seite von der Entwicklung des in den Medien angeprangerten „gläsernen Bürgers“ z.B. durch die zunehmende Datenerfassung durch den Staat.

Die Juso-Hochschulgruppe fordert, dass die zwangsweise Erhebung von persönlichen Daten auf das Nötigste reduziert wird. Eine Überprüfung dieser erhobenen Daten muss offline möglich sein.

Darüber hinaus muss es eine kontinuierliche Information über die durch die Universität und das Studentenwerk erfassten Daten geben, hierzu sollte mindestens jährlich ein Datenbrief versandt werden.

Ebenso müssen alle Prozesse im Rahmen des Chipkartengebrauchs transparent sein. Hierzu zählt auch eine Aufklärung der Verfahren, die in diesem Zusammenhang verwendet werden. Eine Chipkarten-unabhängige Barzahlung muss zwingend weiterhin gewährleistet werden.

Vor allem wird von der Universität und all ihren Organen die konsequente Einhaltung bestehender Datenschutz-Richtlinien gefordert. Hierzu sollten regelmäßige Datenschutzbelehrungen auf allen Ebenen eingeführt werden.

Wir fordern eine freie und unprotokollierte Kommunikation. Jede Vorratsdatenspeicherung ist abzulehnen, da eine solche einer Generalverdächtigung aller Betroffenen gleichkommt. Die Datenschutzbeauftragten sollen zur Überprüfung der Datenschutzvorschriften großzügig befugt und zur Rechenschaft gegenüber der Gesellschaft verpflichtet werden.

Außerdem sollen die Studierenden auf die Problematik des Umgangs mit Daten sensibilisiert werden. Gerade im Bereich social networking (StudiVZ, facebook, etc.) gehen Studierende oft zu fahrlässig mit ihren Daten um. Da jeder in erster Linie für seine Daten selber verantwortlich ist, muss auf diese Verantwortung konsequent und regelmäßig hingewiesen werden.

VI. Diskriminierung bekämpfen - Gleichstellung leben

Solange das von der Gesellschaft zugeschriebene Geschlecht sowie Fragen der sexuellen Orientierung immer noch Auswirkungen auf berufliche und finanzielle Absicherung haben, bestehende Unterschiede nicht ausgeräumt werden und Frauen immer noch proportional stärker von Gewalt betroffen sind als Männer, kann das Thema Gleichstellung nicht zu den Akten gelegt werden. Auch an der Universität Göttingen ist Gleichstellung noch nicht ausreichend verwirklicht. Dies zeigt sich besonders daran, dass vom Studienanfang über Dissertationen bis hin zu Habilitationen der Anteil von Frauen kontinuierlich abnimmt und letztendlich der Anteil weiblicher Professorinnen

uniweit immer noch bei unter 20 % liegt. Dieser Zustand darf nicht als gegeben gesehen werden.

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen setzt sich aktiv dafür ein, dass strukturelle Hürden abgebaut und die Durchlässigkeit in die höchsten beruflichen Ebenen der Universität erleichtert werden. In diesem Zusammenhang werden wir für einen sensiblen Umgang mit diesen Themen in den entsprechenden Berufungskommissionen und Einstellungsgesprächen eintreten. In Personalfragen müssen die Entscheidungsgremien sensibilisiert werden.

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen als Teil eines feministischen und emanzipatorischen Richtungsverbandes fordert darüber hinaus eine Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten an allen Fakultäten. Diese müssen in das alltägliche Fakultätsleben integriert sein und aktive Mitbestimmungsrechte erhalten. Eine gute Bezahlung sowie Weiterbildungsmaßnahmen sind unverzichtbar und sollten selbstverständlich sein.

Jegliche Art von Diskriminierung, egal ob physisch oder psychisch, muss verhindert werden. Neben professionellen Gleichstellungsbeauftragten befürworten wir eine Schaffung bzw. Stärkung von studentischen AnsprechpartnerInnen. Zudem gilt es, entschieden und gemeinsam reaktionäre Kräfte zu enttarnen, die sich der Gleichstellung widersetzen.

Gleichstellung beinhaltet auch die gleichberechtigte Anerkennung aller sexuellen Identitäten. Homosexualität, Bisexualität, Transgender, Intersexualität oder Asexualität müssen in der Gesellschaft als Formen des Lebens akzeptiert werden. Daher begrüßen wir die Arbeit der LesBiSchwulen-Hochschulgruppe in Göttingen und werden uns auch für ein autonomes Gender-Referat im AStA einsetzen.

VII. Für eine bessere und gezieltere Beratung – Angebote ausbauen!

Wie letzte Erhebungen des Studentenwerks und der Universität gezeigt haben, gibt es seit der Einführung der neuen, aber auch in den auslaufenden Studiengänge einen starken Anstieg des Beratungsbedürfnisses in diversen Lebensbereichen seitens der Studierenden.

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen fordert eine deutliche Verbesserung des Beratungsangebotes für die Studierenden. Dieses beinhaltet eine personelle Aufstockung durch qualifizierte Kräfte für die einzelnen Beratungsstellen, sowie eine langfristig gesicherte Finanzierung und Vernetzung derselben. Ohne eine umfangreiche Beratung der Studierenden ist heutzutage ein Studium kaum zu bewältigen. Eine ausschließliche Finanzierung der Beratung aus Studiengebühren würde daher den Tatbestand der Substitution erfüllen und ist abzulehnen.

Die Universität muss sich ihrer Verantwortung stellen und besser auf die Interessen der Studierenden

eingehen. Wir fordern, dass sich die Universität ihrer gesellschaftlichen Verantwortung stellt und die verschiedenen Beratungen ausbaut und finanziert.

Auch für einen Ausbau der Beratungsstellen im Studentenwerk (Sozialdienst, Psychosoziale Beratungsstelle etc.) setzen wir uns ein. Hierfür muss vor allem das Land mehr Verantwortung übernehmen.

Für spezielle Lebenslagen (Studium mit Kind, Pflegefälle etc.) von Studierenden muss es gezielte Betreuungs- und Beratungsangebote geben. Dieses muss selbstverständlich auch für den Nordcampus gelten.

VIII. Höhere Löhne und mehr Mitbestimmung - für faire Arbeitsbedingungen

Verschiedenste Studien ergaben, dass eine Vielzahl der Studierenden auf eine zusätzliche Einkommensquelle angewiesen sind – denn BAföG und Unterstützung durch die Eltern, sofern die Studierenden diese Förderung überhaupt erhalten, reichen häufig nicht aus. Daher müssen viele Studierende parallel zum Studium arbeiten. Während die Lebenshaltungskosten kontinuierlich steigen, befinden sich die Löhne trotz Erhöhungen auf einem viel zu niedrigen Niveau – auch an unserer Hochschule.

Die letzte Lohnerhöhung, die im Januar 2009 beschlossen und in diesem Herbst umgesetzt wurde, ändert an dieser Analyse auf Grund ihrer geringen Höhe nichts. Auch die Arbeitsbedingungen stellen sich für viele Studierende problematisch dar, weil Arbeitgebende geltendes Recht (z.B. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaubsansprüche usw.) missachten. Durch die Verschulung und den gestiegenen Leistungsdruck, insbesondere durch Anwesenheitspflichten, ist vielen Studierenden die Möglichkeit genommen worden, ihre schlechte finanzielle Situation zu verbessern. Diese Problematik stellt besonders für Studierende mit Kindern eine große Belastung dar.

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen fordert daher, die Studiengänge weiter zu flexibilisieren, Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Löhne deutlich anzuheben, damit eine unabhängige Selbstfinanzierung keinen Widerspruch zu einem Vollzeitstudium darstellt. BAföG- und Kindergeld-Freibetragsgrenzen sollten deutlich angehoben werden. Außerdem fordern wir faire Arbeitsbedingungen und –löhne an der Hochschule wie auch in allen Arbeitsbereichen!

Ein reibungsloser Ablauf des Forschungs- und Lehrbetriebes, wie auch der stetig steigende Verwaltungsaufwand, ist an den Hochschulen ohne studentische Hilfskräfte nicht zu bewerkstelligen. Deshalb fordert die Juso-Hochschulgruppe Göttingen eine weitere massive Lohnerhöhung und eine Anerkennung der durch Studierende geleisteten Arbeit innerhalb der

Universität sowie einen bundesweit geltenden Tarifvertrag für alle Hochschulen. Orientierung für die bundesweite Entlohnung studentischer Hilfskräfte soll dabei Spitzenreiter Berlin (10,98 €/ Std.) geben. In diesem Tarifvertrag muss auch die studentische Mitbestimmung durch eigene Personalräte festgeschrieben werden. In diesem Zusammenhang unterstützen wir auch die Forderungen des Templiner Manifests. Desweiteren müssen mehr studentische Hilfskräfte, auch zur Entlastung des Mittelbaus und der ProfessorInnen, eingestellt werden.

IX. Ehrenamt stärken - Engagement ermöglichen

Ehrenamtliche Arbeit ist elementarer Bestandteil unserer Gesellschaft. Erst durch sie wird das Leben in einem Staat zu einem Leben in einer Gemeinschaft. Gemeinnützige Arbeit ist daher Grundlage einer jeden Demokratie. Insbesondere jungen Menschen ermöglicht sie den Einblick in verschiedene Institutionen und Themenfelder. Sie stärkt das Verantwortungsgefühl des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft.

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen fordert deshalb eine stärkere Anerkennung des sozialen und politischen Engagements. Insbesondere innerhalb der Hochschulen muss für dieses Engagement ein adäquater Rahmen geschaffen werden. Das Engagement muss unabhängig und frei von Hochschulvorgaben wählbar sein und durch die Vergabe von Credits anerkannt werden. Der Einsatz in ehrenamtlichen Tätigkeiten darf nicht semesterbeschränkt sein, sondern muss kontinuierlich ermöglicht werden.

X. Ein Studentenwerk für alle – für ein soziales und kulturelles Miteinander

Mit einer sozialen Verantwortung ausgestattet, gehört das Studentenwerk zu einem unverzichtbaren Teil eines finanzierbaren Studiums. Es sichert faire Mieten und bezahlbares Essen. Gleichzeitig trägt es durch kulturelle Veranstaltungen, zu einem abwechslungsreicheren Leben am Campus bei. Durch Beratungsangebote im sozialen und psychologischen Bereich ist es zeitgleich nah an den Studierenden. Im vergangenen Jahr hat die Juso-Hochschulgruppe Göttingen aktiv am Erhalt und der Verbesserung dieser Angebote mitgewirkt und stellt auch für das kommende Jahr ein Mitglied im Vorstand und ein Mitglied im Stiftungsrat des Studentenwerks. Trotz des im bundesweiten Vergleich positiv auffallenden Angebots des Göttinger Studentenwerks muss eine stetige Verbesserung erreicht werden.

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen kämpft weiterhin für ein gutes Essen zu fairen Preisen und stabile Mietpreise. Es muss unbedingt mehr Druck auf die Landesregierung ausgeübt werden, die durch seit langem sinkende Zuschüsse ihrer Finanzierungsverantwortung nicht mehr gerecht wird. Darüber hinaus fordern wir alternative Warenangebote (Fairtrade, Bio) und den verstärkten Einkauf regionaler Produkte ein.

Beratungsangebote sollen auch in Zukunft umfassend zur Verfügung stehen und auch das Kulturangebot, das einen wichtigen Beitrag für das soziale Leben der Studierenden leistet, muss erhalten und ausgebaut werden. Nicht zuletzt muss auch das Studentenwerk bestrebt sein, eine umweltfreundliche und nachhaltige Ressourcenpolitik zu betreiben ohne die Studierenden hierfür übermäßig finanziell zu belasten.

Auch das Kita-Angebot ist unverzichtbar und trägt dazu bei ein Studieren mit Kindern zu ermöglichen. Auch hier müssen die Angebote ausgebaut werden – damit alle, die es wünschen, einen Kita-Platz bekommen können.

XI. Campus beleben – für abwechslungsreiche Kulturangebote

Studieren bedeutet für uns nicht nur reine Wissensanhäufung in eingeschränkten Fachbereichen, sondern zusätzlich die Ausgestaltung einer eigenen kritischen Persönlichkeit. Die Universität ist daher nicht nur Lern- sondern auch Lebensraum und wir wollen ihn aktiv mitgestalten.

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen setzt sich für mehr Kulturarbeit auf dem Campus ein, welche auch weiterhin vom AstA im bedenklichem Ausmaß vernachlässigt worden ist. Kulturarbeit darf sich nicht nur auf Hype-Veranstaltungen wie Fußball-Turniere oder Mainstream-Comedy beschränken. Wir fordern daher ein breit gefächertes Kulturangebot – von Studierenden und dem Studentenwerk organisiert – in dem das Feiern aber auch nicht zu kurz kommen soll. Vom Campus-Open-Air, Partys und Konzerten, der Open-Uni, über breit gefächerte Aufklärungsveranstaltungen, z.B. zum Datenschutz, bis hin zu politischen oder aktuell in der Wissenschaft diskutierten Entwicklungen, wollen wir diese zum alltäglichen Bestandteil des Unilebens machen.

XII. Stipendienprogramm beenden – BAföG erhöhen

Für viele Studierende ist das BAföG ein elementar wichtiger Bestandteil zur Finanzierung des eigenen Studiums. Nur die wenigsten erhalten den vollen Betrag. Zu viele Studierende fallen darüber hinaus durch das Raster der BAföG-Vergabe. Ihre Eltern verdienen zu viel für die Berechtigung, aber eben auch zu wenig, um eine ausreichende Unterstützung bieten zu können. Dass viele durch die unsichere finanzielle Lage nebenbei arbeiten müssen, wird regelmäßig ausgeblendet. Von Studierenden wird jedoch erwartet, dass sie schnell, unbelastet und mit Engagement studieren und mit herausragenden Noten abschließen.

Die Juso-Hochschulgruppen kämpfen seit langem für eine Weiterentwicklung des BAföG hin zu einer flexiblen, bedarfsdeckenden, eltern- und altersunabhängigen Studienfinanzierung. Die kürzlich beschlossene BAföG-Novelle reicht bei weitem nicht aus! Außerdem müssen endlich ständige

Anpassungen an die tatsächlichen Lebenshaltungskosten gesetzlich festgeschrieben werden.

Das neu eingeführte Deutschlandstipendium ist ein selektives Elitenförderungsinstrument und wird daher von uns abgelehnt. Das Geld, das für den weiteren Ausbau dieser Stipendien in den nächsten Jahren benötigt werden würde, muss stattdessen in die Weiterentwicklung des BAföG gesteckt werden, um eine breite Masse an Studierenden zu unterstützen, und nicht nur einige wenige.

XIII. Barrieren abbauen – für ein solidarisches Miteinander

Für Diskriminierung jeglicher Art darf an Hochschulen kein Platz sein! Auch für Studierende mit Behinderungen und/oder chronischen Erkrankungen muss es selbstverständlich sein, uneingeschränkt studieren zu können. Dieses ist in vielen universitären Einrichtungen und Veranstaltungen leider immer noch nicht der Fall.

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen fordert daher die flächendeckende Beseitigung sämtlicher Barrieren. Dies umfasst den weiteren Ausbau von Türöffnungssystemen und Liften sowie eine weit reichende Beschilderung in Blindenschrift. Die Flexibilisierung von Prüfungs- und Studienordnungen ist auch in diesem Bereich essentiell. Lösungsstrategien müssen in Zusammenarbeit mit Betroffenen entwickelt werden.

Barrieren bestehen aber leider auch im Umgang mit Menschen mit Behinderung und/oder chronischen Erkrankungen. Dies darf nicht länger hingenommen werden. Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen wird sich für einen Abbau dieser Barrieren bei Studierenden, Dozierenden, aber auch außerhalb der Hochschule einsetzen.

XIV. Umwelt schützen – Nachhaltige Ressourcenpolitik umsetzen

Ressourcenschutz und der nachhaltige und verantwortungsvolle Umgang mit Energie muss in den Köpfen der Studierenden, MitarbeiterInnen und Dozierenden präsent sein. Auch die Uni ist verpflichtet, die Umwelt zu schützen.

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen fordert, dass die Universität auf Ökostrom umstellt und zusätzlich Photovoltaik-Anlagen anschafft, sowie Kraft-Wärme-Kopplungs-Technik einsetzt.

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen fordert von der Universität einen sparsamen Umgang mit Energie, Wasser und Papier. Es ist unverantwortlich, dass weiterhin unnötig Licht brennt und sich niemand für den sorgfältigen Umgang mit Papier zuständig fühlt. Wir setzen uns dafür ein, dass jede/r Einzelne seinen Beitrag zum Umweltschutz an dieser Universität und darüber hinaus leistet.

Kampf gegen Ökonomisierung und Entdemokratisierung der Hochschule

XV. Gegen Wettbewerb und Kommerzialisierung von Bildung

In den vergangenen Jahren ist die Herausbildung der Ellenbogengesellschaft, für die nicht der Mensch, sondern nur die von ihm erbrachte Leistung zählt, zu beobachten. Mit der Entstaatlichung der Hochschulen hat sich dieser Prozess der marktkonformen Unterdrückung auch auf das Bildungswesen übertragen. Der Kreuzzug der Ökonomie gegen unabhängige Wissenschaft und das Humboldtsche Bildungsideal unter dem Deckmantel vermeintlicher Effizienz im neoliberalen Sinne ist eine Pervertierung des Bildungsbegriffes. Die Ökonomisierung und Uniformisierung des Bildungswesens läuft dem Anspruch einer breit gefächerten und für die Demokratie existenziellen Bildung entgegen. Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen kämpft für freie Bildung! Das beinhaltet für uns einen freien Zugang zur Hochschule für alle – und zwar lebenslang, kostenlos und frei von Diskriminierung. Wir fordern die sofortige Abschaffung aller Studiengebühren und der leistungsorientierten Mittelvergabe. Weiterhin setzen wir uns für flexible Prüfungsordnungen und ein Studium frei von Zeit- und Leistungsdruck ein. Im Sinne des Humboldtschen Bildungsideals lehnen wir eine Trennung von Forschung und Lehre ab.

XVI. Demokratie an der Hochschule stärken

Das demokratische Miteinander ist essentielle Grundlage unserer Gesellschaft. Gerade deswegen bekamen demokratische Strukturen auch in den Hochschulen einen besonderen Stellenwert zugesprochen. Doch durch die Schwerpunktverlegung hin zu autokratischen Strukturen und einem steigenden „Effizienz-Bedürfnis“ seitens der Politik wurde die demokratische Mitbestimmung, insbesondere die der Studierenden, immer weiter ausgehöhlt. Dabei ist die Entwicklung junger Leute zu demokratisch agierenden Mitgliedern unserer Gesellschaft, die kritisch und konstruktiv an der Politik partizipieren, oberste Aufgabe eines überlebenswilligen Kollektives.

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen fordert die Mitbestimmung der Studierenden an den Hochschulen auszubauen, was eine Stärkung der studentischen Vertretungen in allen Gremien und auf allen Ebenen zum Ziel haben muss. Es gilt wieder eine Diskussionskultur zu etablieren. Darunter verstehen wir auch einen massiven Ausbau der Mitbestimmung in Personal-, Finanz-, Verwaltungs- und Entwicklungsfragen durch studentische Organe. Die Akkreditierung von Studiengängen sowie deren inhaltliche und formale Ausgestaltung kann ohne aktive Mitbestimmung seitens der Studierenden nur scheitern.

XVII. Hochschulrahmengesetz – Chancengleichheit für alle

Mit der Föderalismusreform 2006 wurde die Kleinstaaterei im deutschen Bildungswesen endgültig

manifestiert. Das Hochschulrahmengesetz (HRG) ist die letzte Institution, die diesen Flickenteppich zusammenhält und damit zumindest den Anspruch erhebt, die im Grundgesetz verankerte Vergleichbarkeit der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik zu gewährleisten.

Das Hochschulrahmengesetz steht für Chancengleichheit, Gleichstellung und demokratische Mitbestimmung der Studierenden an den Hochschulen.

Reaktionäre Kräfte fordern jedoch die Abschaffung dieser letzten bundesweiten Instanz zur Wahrung demokratischer und auch sozialer Hochschulen. Das HRG sichert bundesweit weitestgehend einheitliche und sozial verträgliche Zulassungsbestimmungen für Bachelor und Master, Mobilität zwischen Hochschulen, sowohl national als auch international. Darüber hinaus schützt es vor Diskriminierung und sichert die akademische Selbstverwaltung.

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen fordert den Erhalt des HRG, dessen konsequente Umsetzung, und kämpft für eine Ausweitung der Chancengleichheit, der Mobilität im Sinne des Bologna-Prozesses in seiner ursprünglichen Form und der bundesweiten Stärkung der demokratischen Mitbestimmung an Hochschulen. Langfristig lässt sich dieses Ziel nur durch eine Zentralisierung der Bildungskompetenzen beim Bund verwirklichen. Deshalb unterstützt die Juso-Hochschulgruppe Göttingen auch die Kampagne des freien Zusammenschlusses von studentInnenschaften (fzs) unter dem Motto: „ChancenBilden durch Rahmenregelung“.

XVIII. Für eine verantwortungsvolle Hochschulfinanzierung

In den letzten Jahren haben sich Bund und Länder zunehmend auf die zusätzliche Finanzierung durch Studiengebühren und die Einwerbung von Drittmitteln durch die Hochschulen verlassen. Damit haben sich die, die sich für gute Bildung und Forschung – zuletzt auf pompös inszenierten so genannten Bildungsgipfeln – verbürgten, feige aus ihrer Verantwortung gestohlen.

Es gilt Bund und Länder wieder in die Pflicht zu nehmen. Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen fordert eine von der Wirtschaft und finanziellen Eigenleistungen unabhängige Hochschule. Bildung als Investition in die Zukunft darf nicht privatisiert werden! Es gilt eine flächendeckende Hochschulfinanzierung mit breitem Bildungsangebot zu etablieren, um so eine „Zwei-Klassen-Bildung“ zu verhindern. Den föderalen Flickenteppich in seiner jetzigen Konstitution lehnen wir ab und fordern eine deutschlandweite einheitliche Konzeption, welche sicherstellt, dass Deutschland als Wissensgesellschaft weiterhin im internationalen Vergleich bestehen kann.

XIX. Keine Aushöhlung des Humboldtschen Bildungsideals

Die derzeit angestrebte Trennung von Lehre und Forschung widerspricht nicht nur dem Humboldtschen Bildungsideal, sondern gefährdet auch deren Qualität.

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen kämpft für dieses Ideal. Lehre und Forschung müssen gleichberechtigt – nicht hierarchisch – bewertet und gefördert werden. Weiterhin muss es den Studierenden möglich sein, über ihr Studienfach hinaus Erfahrungen und Eindrücke zu sammeln.

Außerdem benötigt die Lehre eine Aufwertung, zu welcher auch die didaktische Weiterbildung der Lehrenden gehören muss. Darüber hinaus bedarf es einer entsprechenden Anerkennung der Leistungen von Studierenden in der Forschung, sowohl finanziell als auch durch die Vergabe von Credits. Die im Berufsleben geforderte Team-Fähigkeit muss nach einem progressiven Bildungsverständnis bereits an der Universität verankert werden. Ein qualitativ hochwertiges Studium bedarf neben einer guten Ausstattung inhaltlicher und formaler Freiheiten sowie eines konstruktiven Miteinanders. Hierfür müssen die notwendigen Rahmenbedingungen für alle Beteiligten von der Gesellschaft geschaffen werden.

Die Juso-Hochschulgruppe im bundesweiten Kontext

XX. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – auch auf Bundesebene

Die Spitze der Bundes-SPD hat sich in den vergangenen Jahren von ihren sozialdemokratischen Idealen abgewandt. Die einstige Anwältin der kleinen Leute und Wortführerin der Mehrheit hat sich dem neoliberalen Diktat unterworfen. Dieser Wandel vollzog sich in höchstem Maße undemokratisch und veranlasste eine Vielzahl der Mitglieder als letzte verbliebene Möglichkeit des Protests zum Austritt aus der Partei. Abgeschottete Führungszirkel bestimmen den Kurs der Partei und setzen sich mutwillig über Parteitagsbeschlüsse hinweg. Opportunistisches Denken und Intrigieren im Zeichen des Arrangements mit dem kapitalistischen System laufen dem Ziel der Verwirklichung des demokratischen Sozialismus zuwider.

Wir stehen für eine progressive Politik und fordern daher die Bundes-SPD auf, ihr Handeln wieder an ihren Leitzielen von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität auszurichten. Wir unterstützen den eingeschlagenen Kurs der neuen Parteiführung zu debattieren und wieder mehr innerparteilich Demokratie zu wagen. Diese so getroffenen Entscheidungen sind aber auch umzusetzen. Die parlamentarische Linke der SPD genießt unsere volle Solidarität.